

Wege der politischen Bildung und Sozialisation von Jugendlichen. Befunde aus der Studie „Jugend und Demokratie in Sachsen-Anhalt“

Nicolle Pfaff

Jugend und Politik, seit Anfang der 1990er Jahre ist dies eines der beliebtesten Forschungsthemen der deutschen Jugendforschung. Kaum ein allgemeines Jugendsurvey kommt ohne Fragen nach den politischen Orientierungen von Heranwachsenden aus, und schon seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es kaum eine Jugendstudie, die nicht die Distanz aktueller Jugendgenerationen zum politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland betont. Erst in einigen neueren Studien wird vermehrt auf eine Gruppe Jugendlicher hingewiesen, die sich in verschiedenen Kontexten zielorientiert und pragmatisch für ihre eigenen und karitative Ziele einsetzt (vgl. z.B. Picot 2001, S. 180ff.; Gensicke 2002, S. 208f.).

Gemessen am internationalen Durchschnitt politisch interessierter und engagierter Heranwachsender sind jedoch politisches Interesse und politische Beteiligung von Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen selten. Darauf wies die internationale Vergleichsstudie ‚Civic Education‘ der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) jüngst eindringlich hin (vgl. Oesterreich 2001, 2002; Torney-Purta/Lehmann/Oswald/Schulz 2001). Ein Vergleich der Bedingungen der politischen Bildung und der Beteiligung Jugendlicher am politischen Leben in Deutschland mit der in anderen Ländern zeigte, dass deutsche Jugendliche ein unterdurchschnittliches politisches Engagement zeigen, weniger an Prozessen der schulischen Mitbestimmung interessiert sind und auch seltener in politisch und sozial engagierten Gruppen außerhalb der Schule mitwirken als Heranwachsende anderswo (vgl. Oesterreich 2002, S. 228f.). Die Gründe für dieses Desinteresse an politischer Partizipation suchen die Autoren der IEA-Studie vorwiegend in Mängeln in der schulischen politischen Bildung (vgl. drs. 2001, S. 21), wie im Halbtagschulsystem, im mehrgliedrigen Aufbau des deutschen Schulwesens oder in der Dominanz eines ausschließlich auf die Vermittlung politikbezogener Wissensbestände ausgerichteten Politikunterrichts (vgl. Oesterreich 2002, S. 225f.).

In der Regel jedoch werden die Ursachen der schon seit geraumer Zeit immer wieder diagnostizierten Politikferne und –verdrossenheit Heranwachsender in Deutschland eher in der Jugend selbst und deren lebensweltlichen und jugendkulturellen Orientierungen als im politikbezogenen Anregungs- und Bildungspotential

der Lebensumwelten von Jugendlichen gesucht. Dabei deutet einiges darauf hin, dass insgesamt nur wenige Heranwachsende in ihrem Umfeld –und nicht nur in der Schule– Anregungen zur Auseinandersetzung mit politischen Inhalten und zu demokratischem Handeln erhalten.

Dieser Beitrag soll ein Bild von der Situation politischer Lernprozesse in den wesentlichen Lebensbereichen von Jugendlichen zeichnen. Er nimmt Bezug auf die Ergebnisse einer kürzlich am Zentrum für Schulforschung und Fragen der Lehrerbildung der Universität Halle-Wittenberg abgeschlossenen Studie zu politischen Orientierungen und Bedingungen der politischen Bildung und Sozialisation Jugendlicher in Sachsen-Anhalt (vgl. Krüger/Reinhardt/Kötters-König u.a. 2002)¹. Die vorgestellten empirischen Befunde entstammen einem landesrepräsentativen Jugendsurvey unter ca. 1.400 14- bis 18-jährigen Befragten und einer qualitativen Untersuchung zu den Bedingungen der politischen Bildung an zwei Einzelschulen.

Der Beitrag berichtet über Formen der Begegnung Jugendlicher mit Politik und politischer Beteiligung in der Schule, in der Familie, in der Freizeit und in der Gleichaltrigengruppe. Auf der Basis einer Typologie von Wegen der politischen Bildung soll gezeigt werden, wie Zugänge Jugendlicher zu Prozessen der politischen Bildung verteilt sind und in welchen Lebensumwelten welche Jugendlichen mit Auseinandersetzungen über politische Ereignisse und mit politischen Strukturen in Kontakt kommen. Dabei wird vor allem eines deutlich werden: *umfassende Prozesse der politischen Bildung von Jugendlichen* erreichen nur eine privilegierte Minderheit. Ein großer Teil der Heranwachsenden in Sachsen-Anhalt kommt –das wird im Folgenden gezeigt– nur am Rande mit politischen Themen, Strukturen und Handlungsformen in Berührung. Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem die Verteilung von Lernchancen für Jugendliche auf und in verschiedenen Lebensbereichen.

Auf die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit der hier präsentierten Ergebnisse können aktuelle politikbezogene Jugendstudien Aufschluss geben, die zeigen, dass politische Orientierungen von *Jugendlichen* in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich verteilt sind (vgl. z.B. Gille/Krüger/de Rijke 2000, S. 258f.; Pickel 2002, S. 404ff.; Oesterreich 2002, S. 120f.). Die Institutionen politischer Bildung jedoch sind auf beiden Seiten die gleichen, weshalb angenommen werden kann, dass die hier entwickelte Typologie zwar nicht bezogen auf die Quantität des Vorkommens der skizzierten Wege, wohl aber im Hinblick auf ihre Qualität für Jugend in der BRD insgesamt Geltung beanspruchen kann.

1. Politische Orientierungen Jugendlicher in Sachsen-Anhalt

Nur jeder 9. Heranwachsende zwischen 14 und 18 Jahren in Sachsen-Anhalt interessiert sich für das aktuelle politische Geschehen (vgl. Reinhardt/Tillmann 2002). Gering ist auch das Vertrauen der Jugendlichen in die Institutionen der etablierten Politik: ca. 1/3 der Jugendlichen äußert Vertrauen für die Institutionen der Legislative, wie dem Bundestag, 2/3 für die Institutionen der Judikative und Exekutive (Polizei, Gerichte, Bundeswehr), nur 1/5 vertraut den politischen Parteien. Nur Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen wie Greenpeace bringt ca. die Hälfte der Jugendlichen Vertrauen entgegen (vgl. Reinhardt/Tillmann 2001, S. 11). Analog zu anderen aktuellen Jugendstudien zeigt sich damit auch in unserer Untersu-

chung ein distanziertes Verhältnis der meisten Heranwachsenden zur Politik und ihren Institutionen (vgl. z.B. Gille/Krüger/de Rijke 2000; Fischer 2000). Dies wird gestützt durch die Demokratievorstellungen der Jugendlichen: „Dass Auseinandersetzungen dem Allgemeinwohl schaden, trifft auf die Zustimmung von etwa der Hälfte der Befragten. Dass die Opposition nicht die Regierung kritisieren, sondern sie unterstützen solle, befürworten sogar ca. 2/3 der Jugendlichen. Und fast 3/4 der Befragten meinen, ‚die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Interessen des Einzelnen stehen‘. Offensichtlich werden Interessengegensätze unter den Jugendlichen im Bundesland Sachsen-Anhalt nicht als legitim angesehen, sondern die Interessen werden vereinheitlicht. Das Allgemeinwohl wird als feste, gegebene Größe den Auseinandersetzungen gegenübergestellt und mit der Regierung verknüpft“ (Krüger/Reinhardt u.a. 2001, S. 123). Dieses Missverständnis betrifft nicht nur die Prinzipien der demokratischen Ordnung, sondern auch die Institution der Demokratie: Nur etwa 40 Prozent der befragten Jugendlichen meinen, ein demokratischer Staat solle durch von allen gewählte Abgeordnete regiert werden. Fast 60 Prozent der 14- bis 18-Jährigen in Sachsen-Anhalt ordnen diese Aufgabe Experten oder moralischen Führern zu. Dazu passt, dass über 1/3 der Befragten die wichtigste Funktion von Wahlen darin sieht, das Interesse der Bürger an der Regierung zu steigern und sie damit als „gigantische PR-Veranstaltung“ missinterpretiert (Reinhardt/Tillmann 2001, S. 10). Unsere Befunde zu den politischen Orientierungen von Jugendlichen in Sachsen-Anhalt deuten darauf hin, dass wesentliche Aspekte des Verständnisses von Demokratie einem erschreckend großen Teil der Heranwachsenden unzugänglich bleiben (vgl. ebd.; Reinhardt 2002).

2. Politikbezogenes Anregungspotential wesentlicher Lebensumwelten Jugendlicher

Wie wird man heutzutage in der Bundesrepublik ein „mündiger Bürger“? Wie lernt man, eigene Interessen zu formulieren und diese politisch zu vertreten? Die politische Sozialisationsforschung geht davon aus, dass jeder Lebensbereich spezifische Entwicklungschancen für das politische Lernen von Kindern und Jugendlichen bereithält. Und inzwischen sind auch für alle wesentlichen Lebensbereiche von Jugendlichen, also die Familie, die Schule, Freizeitinstitutionen, Medien und Gleichaltrigengruppe Effekte der politischen Sozialisation nachgewiesen (vgl. z.B. Hopf/Hopf 1997; Hoffmann-Lange 1995; Händle/Oesterreich/Trommer 1999; Möller 2000; Kuhn 2000). Dass bislang kein, verschiedene Bedingungskontexte umfassendes, Gesamtmodell der Genese politischer Einstellungen und Verhaltensformen gezeichnet werden konnte, ist zum einen der Unterschiedlichkeit der in der politischen Sozialisationsforschung verwandten Theorietraditionen und Forschungsansätze und zum anderen der Komplexität des Gegenstandsfeldes selbst geschuldet (vgl. Claußen 1993, S. 532).

Welches politische Anregungspotential und welche direkten politischen Beteiligungschancen bieten nun die wesentlichen Lebensbereiche (Familie, Schule, Freizeitinstitutionen, Gleichaltrigengruppe) den von uns befragten Jugendlichen?

Zusammenhänge zwischen intergenerativen Gefühlsbindungen und Machtbeziehungen in der Familie und der Bereitschaft von Jugendlichen, sich politisch zu enga-

gieren, wurden wiederholt nachgewiesen (vgl. z.B. Hopf/Hopf 1996, Kötters-König 2002b). Direkten Einfluss auf die Bereitschaft Jugendlicher zur Auseinandersetzung mit Politik und zum politischen Engagement hat die Thematisierung politischer Inhalte in der familialen Kommunikation in Verbindung mit dem Erleben eines hohen politischen Interesses der Eltern (vgl. Kötters-König 2002b). Ein politisch anregungsreiches Familienklima ist dabei in erster Linie an das politische Interesse der Eltern gebunden. Etwa 1/5 der Jugendlichen meint, beide Elternteile seien politisch interessiert (vgl. ebd., S. 193f.). Im Bezug auf die Häufigkeit von politikbezogenen Kommunikationen in der Familie benachteiligt sind einerseits Mädchen und andererseits Kinder von Eltern mit niedrigerem Bildungsstatus. Doch nicht geschlechtsspezifische Ungleichheiten sind die beunruhigendsten Ergebnisse beim Thema Jugend, Familie und Politik, sondern die frappierend große Zahl „politikabstinenten“ Familien (ebd., S. 195f.). Insgesamt über 3/5 der von uns befragten Mädchen und Jungen erleben im Familienkreis so gut wie keine kommunikativen Auseinandersetzungen über politische Themen, d.h., bei der überwiegenden Mehrheit der Heranwachsenden spielt in ihrer Wahrnehmung Politik mit ihren soziale Prozesse und Strukturen beeinflussenden Entscheidungen zuhause kaum eine Rolle (ebd.).

Politische Bildung in der Schule hat viele Gesichter. In der Studie „Jugend und Demokratie in Sachsen-Anhalt“ lag der Analyseschwerpunkt auf dem Sozialkundeunterricht und auf Prozessen der Schülerpartizipation. Die befragten Schüler- und Lehrergruppen an den von uns untersuchten Schulen stufen in den Gruppendiskussionen fast ausnahmslos den Unterricht im Fach Sozialkunde und themenverwandten Fächern als Hauptinstrument der Schule im Bereich der politischen Bildung ein (vgl. Schmidt 2002, S. 215f.). Ihren Sozialkundeunterricht charakterisieren die Schülerinnen und Schüler an den von uns untersuchten Schulen in Sachsen-Anhalt als wenig handlungs-, kaum konfliktorientiert sowie methodenmonoton. Wie Catrin Kötters-König gezeigt hat, eröffnen jedoch gerade im Sozialkundeunterricht durchgeführte Diskussionen „im Rahmen simulierter politischer Realsituationen das Üben kontroversen Debattierens und Argumentierens“ für Lernende (Kötters-König 2002a, S. 137ff.). Und ein methodisch vielfältiger Politikunterricht trägt zu einem stärkeren Verständnis demokratischer Prinzipien und steigender politischer Handlungsorientierung bei (vgl. ebd.). Die Resultate der qualitativen Teilstudie deuten darauf hin, dass Lernende im Sozialkundeunterricht vor allem eines vermissen: die Auseinandersetzung, Besprechung und Transparentmachung tagespolitischer Ereignisse (vgl. Pfaff/Schmidt/Krappidel 2002, S. 262f.). In diesem Zusammenhang interessant sind die in den Analysen der Civic Education-Studie konstatierten Ost-West-Differenzen in der Häufigkeit politikbezogener Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern, wonach Lernende in den Neuen Bundesländern deutlich seltener mit ihren Lehrerinnen und Lehrern über Politik diskutieren als ihre Altersgenossen in den alten Bundesländern (vgl. Oesterreich 2002, S.97f.).

Wenn die Institutionen der Schülermitbestimmung in der Schule zu einem erfolgreich arbeitenden politischen Erfahrungsraum werden sollen, dann reicht es nicht aus, mit der Durchführung von Wahlen die Existenz der Schülervertretung zu sichern. Ein zentrales Ergebnis unserer qualitativen Teilstudie ist die Erkenntnis, dass die alltägliche Anerkennung der Gremien der Schülervertretung als Repräsentanten eines Großteils der Schulbeteiligten wesentlich ist für deren Erfolg (vgl. Schmidt 2002b, S.232). Unsere Fallstudien an zwei Schulen zeigen, dass vor allem

das in der Schule vorherrschende Rollenverständnis von Angehörigen der Schülervertretung und die Gewährung von Verantwortung im Schulalltag über Bedeutung und Erfolg der Instanzen der Schülerpartizipation entscheiden (vgl. Pfaff/Schmidt/Krappidel, S. 256f.). Die ambivalente Selbstwahrnehmung von SchülervertreterInnen als Boten von Lehrenden oder die Beschreibung ihrer Tätigkeit als „Sitzen-zwischen-den-Stühlen“, wie auch der Befund, dass nur ein Drittel der befragten Jugendlichen die Schülervertretung an der eigenen Schule als bedeutsam wahrnimmt (vgl. Schmidt 2002a, S. 108), deuten jedoch darauf hin, dass es Lehrenden immer noch schwer fällt, ihre Entscheidungskompetenz mit Lernenden zu teilen.

Politisches Engagement und Auseinandersetzung mit Politik im Jugendalter gehören zum *Freizeitleben* von Jugendlichen: die Mitwirkung in schulischen Partizipationsgremien, das Engagement in sozialen Bewegungen und anderen Institutionen der Gesellschaftskritik, Zeitunglesen und auch die Zugehörigkeit zu und Aktivität in politischen Jugendszenen findet am Nachmittag statt und ist eng an die Mitwirkung in Institutionen und festen sozialen Gruppen gebunden (vgl. Pfaff 2002). Etwas mehr als die Hälfte der 14- bis 18-Jährigen in Sachsen-Anhalt sind Mitglieder in Vereinen, Verbänden oder Organisationen, rund ein Drittel der Mitglieder engagiert sich darüber hinaus in Amt und Funktion. Dabei dominiert die Mitgliedschaft und Aktivität in Sport- und Hobbyvereinigungen deutlich gegenüber anderen Organisationsformen. Im engeren Sinne politische Institutionen, wie Bürgerinitiativen, Ökoverbände, Gewerkschaften und Parteien belegen die letzten Plätze auf der Rangliste der Freizeitinstitutionen Jugendlicher in Sachsen-Anhalt (vgl. ebd., S. 160).

Als klassische Beteiligungsform Jugendlicher außerhalb etablierter Institutionen kann die Beteiligung an jugendkulturell motivierten Protesten betrachtet werden (vgl. z.B. Roth/Rucht 2000). Insgesamt identifizieren sich mehr als die Hälfte aller befragten Jugendlichen mit mindestens einer von 18 abgefragten Jugendkulturen, und doch lassen die jugendkulturellen Orientierungen der sachsen-anhaltischen Jugend einen expliziten Protestgehalt jugendkultureller Zugehörigkeit zumindest auf den ersten Blick vermissen. Die Dominanz der kommerziellen Musikstile Techno und Hip-Hop, die wir im Sommer 2000 in der jugendkulturellen Selbstverortung der befragten Jugendlichen gemessen haben, deutet statt dessen auf eine hohe Distanz der Jugendlichen zum politischen Geschehen hin. Doch ein genaueres Hinsehen lohnt sich: Die aktuelle politische Jugendkulturlandschaft im Bundesland Sachsen-Anhalt ist vor allem durch drei Gruppierungen geprägt: sich nicht als politisch begreifende, aber politisch pragmatisch agierende Hip-Hop-Fans (1), als zahlenmäßig größte Gruppe die Anhänger gesellschaftskritischer Bewegungen (2), die legale politische Partizipationsformen bevorzugen, sich in ihren politischen Zielen und ihren Präferenzen für politische Parteien jedoch breit ausdifferenzieren bzw. teilweise an Parteipolitik gar nicht interessiert sind und eine stark politisierte Minderheit von Anhängern rechter Jugendszenen (3), die legale und illegale politische Beteiligungsformen am stärksten nutzen, mehrheitlich für rechte Parteien votieren und die sich zu über 90 Prozent an einem rechtsextremen Weltbild orientieren, das durch eine hohe Ausländerfeindlichkeit und eine ausgeprägte Gewaltaffinität gekennzeichnet ist (2) (vgl. Krüger/Pfaff 2002b).

Die Zusammenstellung der vorgestellten Ergebnisse in Abbildung 1 zeigt, dass in den verschiedenen Lebenswelten Begegnungen mit Politik je nur für ein Teil der Jugendlichen zum Alltag gehören.

Abb. 1: Übersicht über Chancen zu Formen der Begegnung Jugendlicher mit Politik in verschiedenen Lebensbereichen



3. Ungleichheit in der politischen Bildung: Versuch einer Systematisierung von Lernchancen

Alle Lebensbereiche von Jugendlichen eröffnen Zugangschancen zu Politik. Kommunikation über politische Ereignisse kann zwischen Generationen, wie in der Familie und in der Schule, aber auch unter Gleichaltrigen, wie zum Beispiel im Freundeskreis ablaufen. Auch die persönliche Erfahrung in politischen Strukturen im Jugendalter kann in der Schule oder außerhalb über die Mitgliedschaft in Organisationen erfolgen. Welche Chancen nun der oder die Einzelne hat, politische Ereignisse interessiert beobachten und verstehen zu können und sich selbst für eigene Interessen einzusetzen, hängt jedoch davon ab, welche dieser Zugänge zu Politik

den Jugendlichen offen stehen. Und die Resultate der Untersuchung machen deutlich, dass nicht alle 14- bis 18-Jährigen an allen skizzierten Wegen der politischen Bildung partizipieren, mehr noch, dass jeder der hier untersuchten Lebensbereiche nur einer Minderheit von Jugendlichen Lernchancen eröffnet. Es liegt also nahe, zu fragen, wie diese Gelegenheiten verteilt sind. Dazu sollen mögliche Wege der politischen Bildung und Sozialisation beschrieben werden, die manche Gruppen von Jugendlichen in die Politik und andere an ihr vorbei führen.

Abb. 2: Fünf Wege der politischen Bildung (Anteil an der Gesamtstichprobe und Ausprägung von Bildungschancen in einzelnen Lebensbereichen)

Typen	Zuordnungskriterien: Mittelwerte (Standardabweichung)						
	Anteil an der Gesamtstichprobe (n)	Kommunikation über Politik in der Familie ¹ (min.=1, max=4)	Kommunikation über Politik im Freundeskreis ² (min.=1, max=4)	Zugehörigkeit zu rechten Jugendkulturen ³ (min.=0, max=1)	Bedeutung und Effizienz der Schülervertretung in der Schule ⁴ (min.=1, max=4)	Erfahrungen in der Schülervertretung ⁵ (min.=0, max=1)	Zahl der Vereinsmitgliedschaften im Freizeitbereich ⁶ (min.=0, max.=15)
Weg 1: politiknahe Lebensumwelten	7,8% (88)	2,92 (0,48)	2,71 (0,42)	0,0 (0,0)	2,86 (0,39)	0,40 (0,42)	2,74 (2,67)
Weg 2: politikferne Lebensumwelten	31,3% (388)	1,93 (0,61)	1,57 (0,52)	0,0 (0,0)	1,83 (0,31)	0,26 (0,36)	0,87 (9,59)
Weg 3: rechte Jugendkulturen	6,5% (80)	2,12 (0,73)	2,13 (0,88)	1,0 (0,0)	2,17 (0,54)	0,16 (0,31)	1,54 (1,99)
Weg 4: Partizipation in der Schule	7,1% (88)	2,07 (0,67)	1,87 (0,68)	0,0 (0,0)	3,13 (0,29)	0,74 (0,25)	1,23 (1,38)
Weg 5: Mitarbeit in Freizeiteinrichtungen	7,9% (95)	2,15 (0,78)	1,87 (0,73)	0,0 (0,0)	2,29 (0,54)	0,25 (0,36)	3,62 (0,49)
andere	39,6% (490)	2,20 (0,73)	2,00 (0,75)	0,0 (0,0)	2,53 (0,46)	0,20 (0,34)	0,62 (0,74)
Gesamt	100% (1238)	2,15 (0,72)	1,91 (0,73)	0,06 (0,25)	2,34 (0,58)	0,28 (0,78)	1,31 (1,90)

1 Kommunikation über Politik in der Familie: Summenindex, Frage 63 im Fragebogen*

2 Kommunikation über Politik im Freundeskreis: Summenindex, Frage 64 im Fragebogen*

3 Zugehörigkeit zu rechten Jugendkulturen: Index, Frage 66b,h,l im Fragebogen*

4 Bedeutung und Effizienz der Schülervertretung in der Schule: Summenindex, Frage 37a, 38b im Fragebogen*

5 Erfahrungen in der Schülervertretung: Summenindex, Frage 39b, j im Fragebogen*

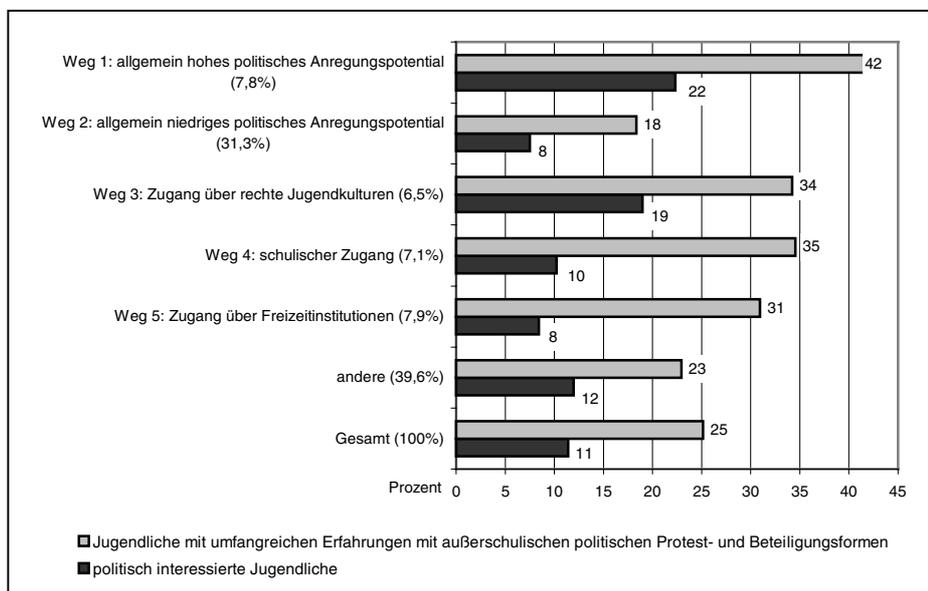
6 Zahl der Vereinsmitgliedschaften im Freizeitbereich: Summenindex, Frage 68 im Fragebogen*

* Schülerbefragung „Jugend und Demokratie in Sachsen-Anhalt“ im Sommer 2000,

Fragebogen: <http://www.erzwiss.uni-halle.de/gliederung/paed/politik/index.htm>

Es können zunächst fünf im Bezug auf ihre politischen Bildungschancen in verschiedenen Lebensbereichen relativ homogene Gruppen von Jugendlichen unterschieden werden, die als Typen der politischen Bildung gefasst werden können und zusammen etwa 60 Prozent der befragten Jugendlichen beschreiben: Das sind erstens Jugendliche in politknahen Lebensumwelten und zweitens Jugendliche in politikfernen Lebensumwelten. Von diesen können drittens Angehörige rechter Jugendkulturen unterschieden werden, viertens Jugendliche, die vorwiegend in der Schule mit Politik in Berührung kommen, und fünftens jugendliche Mitglieder in Freizeitinstitutionen. Die Unterscheidung dieser Typen ist das Resultat der Analyse von Zusammenhängen zwischen und Bündelungen der zuvor als wesentlich beschriebenen politischen Lernprozesse in den Lebensbereichen Familie, Schule und Gleichaltrigengruppe, in Freizeitorganisationen und in Jugendkulturen. Zwischen den verschiedenen Gruppen von Heranwachsenden bestehen zum Teil enorme Unterschiede in ihren Zugangschancen zu politischer Bildung, die auf soziale Ungleichheiten im politischen Lernen hinweisen. Um zu prüfen, welche Chancen die hier unterschiedenen Wege der politischen Bildung für die politische Sozialisation von Jugendlichen bieten, werden (neben allgemeinen sozialen Differenzierungsfaktoren) das politische Interesse und die außerschulischen Erfahrungen mit politischen Protest- und Beteiligungsformen untersucht. Die nachfolgenden Beschreibungen der einzelnen Typen basieren auf den in Abbildung 2 und Abbildung 3 dargestellten Untersuchungsergebnissen.

Abb. 3: Wege der politischen Bildung, Erfahrungen mit außerschulischen politischen Protest- und Beteiligungsformen und politisches Interesse in den Gruppen (Anteile in Prozent)



Natürlich oder normal sind das Thema und die Handlungsform Politik als verschiedene Lebensbereiche durchziehendes Prinzip nur für jeden zwölften Jugendlichen.

Als *Heranwachsende in politiknahen Lebensumwelten* werden hier Jugendliche bezeichnet, die sowohl mit ihren Eltern als auch im Freundeskreis regelmäßig über politische Themen sprechen, die an ihrer Schule eine erfolgreich arbeitende Schülervertretung erleben, die über ein Mindestmaß an eigenen Erfahrungen mit institutionellen schulischen Mitbestimmungsforen verfügen und in ihrer Freizeit aktiv in Vereinen oder Organisationen mitwirken. Diese Jugendlichen erreichen positive Extremwerte in allen zur Unterscheidung der Gruppen herangezogenen Merkmalen (siehe Abbildung 2). Es verwundert nicht, dass dies im Vergleich zu den im folgenden vorgestellten Gruppen die politisch interessiertesten Jugendlichen mit den umfangreichsten Erfahrungen mit außerschulischen politischen Protest- und Mitbestimmungsformen sind⁷. Die Gruppe umfasst etwa gleich viele Jungen wie Mädchen, deren Durchschnittsalter etwas höher liegt als in der Gesamtstichprobe. Die überwiegende Mehrheit dieser Schülerinnen und Schüler besucht weiterführende Bildungsgänge. Die Schulfreude dieser Jugendlichen ist überdurchschnittlich hoch, ebenso wie die familiäre Unterstützung durch die Eltern. Man könnte sagen, diese knapp 8 Prozent sind Jugendliche mit einer insgesamt positiven Integration in verschiedene Kontexte, die ihnen Zugang zu umfassenden politischen Bildungsprozessen gewähren.

Im Gegensatz dazu lebt ein knappes Drittel der 14- bis 18jährigen *Jugendlichen in politikfernen Lebensumwelten*. Dazu werden Heranwachsende gezählt, die in allen untersuchten Lebensbereichen nur selten mit dem Thema Politik oder mit eigenem politischen Handeln in Berührung kommen. Ein Drittel aller befragten Jugendlichen weist also über alle Begegnungsformen hinweg negative Extremwerte auf, am auffälligsten ist dabei die ausgesprochen schlechte Erfahrung mit den Institutionen der Schülervertretung an der eigenen Schule. Wer sind diese Jugendlichen? Es sind weitgehend Jugendliche ohne Interesse an politischen Zusammenhängen und ohne Erfahrungen mit politischen Strukturen. Es sind vor allem jüngere Lernende und zum überwiegenden Teil Mädchen. Differenzen im Bildungsniveau sind bei dieser Gruppe weit weniger deutlich als bei den Jugendlichen in politiknahen Lebensumwelten, aber immer noch augenscheinlich. Jugendliche, die in politikfernen Lebensumwelten aufwachsen, sind in erster Linie Schülerinnen und Schüler unterer Bildungs- und Ausbildungsniveaus und Jugendliche, die ungern zur Schule gehen. Auch die allgemeine familiäre Unterstützung durch die Eltern ist unterdurchschnittlich, ebenso wie die Häufigkeit von Vereinsmitgliedschaften in dieser Gruppe. Politische Bildung ist in allen Lebensbereichen Mangelware für diese Gruppe von Jugendlichen.

Kein Mangel an politischen Lern- und Erfahrungschancen besteht anscheinend für die knapp sieben Prozent *Angehörige rechter Jugendkulturen*, deren Zuordnungskriterium die persönliche Identifikation mit mindestens einer der Gruppen Skinheads, Neonazis und Faschos ist. Einerseits weisen sie in den hier untersuchten Bereichen allenfalls durchschnittliche Begegnungshäufigkeiten mit Politik auf. Andererseits verfügen die Angehörigen rechter Jugendkulturen insgesamt jedoch sowohl über ein starkes politisches Interesse wie auch über umfangreiche Erfahrungen mit politischen Protest- und Mitbestimmungsformen außerhalb der Schule. Die Gruppe besteht zu zwei Dritteln aus Jungen, vorwiegend aus jüngeren Altersgruppen und unteren Bildungs- und Ausbildungsgängen. Rechte Jugendkulturen und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen sind in Sachsen-Anhalt, das haben die Ergebnisse unserer Studie mehrfach belegt, in erster Linie ein Problem ländlicher Regionen, in

denen in den neuen Bundesländern nach wie vor kaum Ausländer leben (vgl. Krüger/Pfaff 2002a, b). Vor allem in den untersuchten großstädtischen Räumen sind Angehörige rechter Jugendkulturen unterrepräsentiert. Diese Jugendlichen haben weder Erfahrung mit noch den Wunsch zur Beteiligung an schulischen Partizipationsformen, ihre Schulfreude und Integration in schulische Zusammenhänge ist außerordentlich gering, die familiäre Unterstützung minimal. Bei dieser Gruppe greifen damit alle untersuchten sozialen Differenzierungsfaktoren noch stärker als bei Jugendlichen in politikfernen Lebensumwelten.

Eine weitere, zahlenmäßig ähnlich kleine Gruppe von Heranwachsenden (7%) bilden *Jugendliche, die vorwiegend in der Schule mit Politik in Berührung kommen*. Diese Schülerinnen und Schüler einen niedrige Werte der Begegnung mit Politik in allen Lebensbereichen außer der Schule. Genauer gesagt ist ihr Zuordnungskriterium eine außerordentlich positive Bewertung schulischer Mitbestimmungsinstitutionen in der Schule auf der einen und große persönliche Beteiligung daran auf der anderen Seite. Der Zugang dieser Jugendlichen zu Politik ist ein auf schulische Partizipationsformen fokussierter, es ist ein Zugang für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler (ein Drittel der Angehörigen dieser Gruppe haben gute und sehr gute Schulnoten im Vergleich zu einem Viertel aller Schülerinnen und Schüler); es ist ein Weg, der zu fast zwei Dritteln von Mädchen und überdurchschnittlich häufig an Gymnasien genutzt wird. Der Zugang dieser Schülerinnen und Schüler zu Politik ist ein pädagogisch konstruierter Weg, der den Jugendlichen in dieser Gruppe ein, gemessen an Gleichaltrigen, durchschnittlich hohes Interesse und Zugang zu überdurchschnittlich großen persönlichen Erfahrungen mit Politik auch außerhalb der Schule sichert. Jugendliche in dieser Gruppe haben zu einem Drittel Erfahrungen mit außerschulischen Protest- und Beteiligungsformen –gegenüber etwa einem Viertel in der Gesamtheit der Befragten (vgl. Abbildung 3). Überraschenderweise spielt der Sozialkundeunterricht als zentrale unterrichtliche Instanz der politischen Bildung für die Lernenden keine besondere Rolle, ihr politischer Erfahrungsraum sind nach ersten Analysen in erster Linie die Instanzen der Schülervvertretung und nicht die unterrichtliche politische Bildung. Diese Jugendlichen, die ca. 7 Prozent der Befragten ausmachen, sind also für Prozesse des politikbezogenen Lernens völlig auf ihre Schule und auf gute Schulleistungen angewiesen. Interessant sind in diesem Zusammenhang Differenzen in der Größe dieser Gruppe zwischen den untersuchten Einzelschulen. Der Anteil der Jugendlichen, die vorwiegend in der Schule mit Politik in Berührung kommen, variiert an den 15 untersuchten Schulen zwischen 2 und 13 Prozent, über 10 Prozent erreicht er an einer Sekundarschule, einem Gymnasium und an einer Berufsschule in unserer Stichprobe. Eventuellen Faktoren, die die Leistungskraft von Einzelschulen im Bereich der Bindung von Lernenden an die Institutionen der Schülervvertretung beeinflussen, muss in weiterführenden Untersuchungen nachgegangen werden.

Ein letzter identifizierter Zugang ist der über die *Mitgliedschaft Jugendlicher in Freizeitinstitutionen*, wie Vereinen, Verbänden und Jugendorganisationen. Die Angehörigen dieser Gruppe arbeiten ausnahmslos in mindestens 3 Vereinen oder Verbänden mit und übernehmen in der Mehrzahl in mehreren dieser Institutionen auch Ämter oder Funktionen. Es ist anzunehmen, dass diese Jugendlichen Organisationsstrukturen außerhalb der Schule kennen und dort kollektive Entscheidungsprozesse erleben. Ein Blick auf Begegnungen dieser Schülerinnen und Schüler mit Politik in

anderen Lebenswelten zeigt jedoch, dass der Zugang zu Politik über Freizeitinstitutionen ein ähnlich ausschließlicher ist wie der über die Schülermitbestimmungsformen der Schule. Die hier beschriebene Gruppe jugendlicher Verbandsmitglieder, die etwa 8 Prozent der Jugendlichen ausmacht, weist zwar im Bereich der familialen politikbezogenen Kommunikation leicht überdurchschnittliche, in allen anderen Bereichen jedoch unter- bzw. durchschnittliche Werte auf. Dieser Weg wird interessanterweise mit gleicher Häufigkeit von Jungen und Mädchen und von Schülerinnen und Schülern aus allen Schulformen begangen, jedoch eher von jüngeren als von älteren Jugendlichen und überdurchschnittlich häufig von Heranwachsenden aus kleinstädtischen Milieus. Der Zugang zu Politik über Freizeitinstitutionen besichert den jugendlichen Mitgliedern verschiedener Vereine und Verbände ähnlich wie den im Besonderen in die Institutionen der Schülermitbestimmung integrierten Heranwachsenden ein durchschnittliches politisches Interesse und überdurchschnittliche außerschulische Erfahrungen mit verschiedenen Formen politischer Beteiligung und Protests.

Die vorgestellte Systematik ist insofern unvollständig, als sich mehr als ein Drittel der befragten Heranwachsenden nicht in die vorgestellte Typologie aus bislang fünf Typen einordnen lassen. Mit Hilfe der bislang zur Unterscheidung der Gruppen herangezogenen Zuordnungskriterien: Kommunikation über Politik in der Familie und im Freundeskreis, Zugehörigkeit zu rechten Jugendkulturen, Wahrnehmung der Schülervertretung an der eigenen Schule, eigene Erfahrungen in der Schülervertretung und Mitgliedschaft in Freizeitinstitutionen lassen sich keine eindeutigen Profile ausmachen.

Die Gruppe von im Bezug auf ihren persönlichen Weg des politikbezogenen Lernens nicht näher beschriebenen Jugendlichen enthält zu gleichen Teilen Mädchen und Jungen aus allen Altersgruppen und allen regionalen Kontexten. Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sind in dieser Restgruppe leicht überrepräsentiert, ebenso wie Jugendliche, die in der Familie und/oder im Freundeskreis häufig Kommunikation über politische Themen erleben und solche, die ihre eigene Schülervertretung als bedeutsam erleben. Das politische Interesse in dieser Gruppe ist durchschnittlich, ihre außerschulischen Erfahrungen mit politischen Protest- und Beteiligungsformen liegen leicht unter dem Durchschnitt. Dies deutet darauf hin, dass es neben den vorgestellten Wegen der politischen Bildung weitere gibt, die hier nicht berücksichtigt wurden, entweder weil sie weniger scharf abgegrenzt erscheinen oder weil wesentliche Bezugspunkte des politischen Lernens in der Sammlung der Zuordnungskriterien fehlen.

4. Fazit

Der vorgestellte Systematisierungsversuch von Wegen der politischen Bildung muss zwar weiterentwickelt werden, aber er zeigt eindrucksvoll, wie ungleich Chancen zur Teilhabe an Prozessen der politischen Bildung für Jugendliche verteilt sind. Vielleicht bietet die Typologie eine neue Perspektive, die das Verständnis erfolgreicher und weniger erfolgreicher Prozesse der politischen Sozialisation erleichtern kann, weil sie Lebensformen und -stile aufdeckt, die im Zusammenhang mit der Analyse politischer Orientierungen und Entwicklungsprozesse Jugendlicher oft nur am Rande thematisiert werden.

Politische Bildung und Sozialisation als regelmäßige Begegnung Jugendlicher mit Politik zu fassen, führt zu vielen offenen Fragen: nach weiteren Typen und nach Mechanismen der Verteilung von Zugangschancen zu Prozessen der politischen Bildung, Fragen nach geschlechtsspezifischen Formen des politischen Lernens und nach ihrer regionalen Spezifik. Aber auch Fragen der sozialen Erwünschtheit von umfassenden Partizipationschancen für Jugendliche und nach der gesellschaftlichen Bedeutung extremer politischer Positionen und Handlungsformen unter Heranwachsenden als Chance der öffentlichen Teilhabe am politischen Dialog, wie die Studie von Anne-Clair Groffmann (2001) nahe legt.

Eine Perspektive, die die Konzentration von Lernprozessen in verschiedenen Kontexten in den Blick nimmt, ist auch anschlussfähig für die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen und vor allem auch pädagogischen Konzepten für Prozesse der politischen Auseinandersetzung und Bildung. Diese Entwicklungsprozesse setzen aber ein breites gesellschaftliches Interesse an der Entwicklung einer Kultur des politischen Lernens für alle Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland voraus.

Anmerkungen

- 1 mehr zur Studie im Internet unter: <http://www.erzwiss.uni-halle.de/gliederung/paed/politik/>
- 2 Im Folgenden verwandte Differenzierungsfaktoren: Geschlecht (Frage 23), Alter (Frage 22), Bildungs- bzw. Ausbildungsgang, Region, Notendurchschnitt (Frage 36), Schulfreude (Frage 52), Unterstützung durch die Eltern (Summenindex, Frage 56a, b, c, d, 57a, c, 58a, 59c), Quelle siehe Abbildung 2

Literatur

- Claußen, Bernhard (1993): Jugend und Politik. In: Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.): Handbuch der Jugendforschung. Opladen, 527-541.
- Fischer, Arthur (2000): Jugend und Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend in Deutschland 2000. Bd. 1. Opladen, 261-282.
- Gensicke, Thomas (2002): Individualität und Sicherheit in neuer Synthese? Wertorientierungen und gesellschaftliche Aktivität. In: Jugendwerk der deutschen Shell (Hrsg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt am Main, 139-168.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann (2000): Politische Orientierungen. In: Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen, 205-265.
- Groffmann, Anne Claire (2001): Das unvollendete Drama. Jugend- und Skinheadgruppen im Vereinigungsprozess. Opladen.
- Händle, Christa/Oesterreich, Detlef/Trommer, Luitgard (1999): Aufgaben der politischen Bildung in der Sekundarstufe I. Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugend-survey 1. Opladen.
- Hopf, Christel/Hopf, Wulf (1997): Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation. Weinheim-München.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (2000): Jugend in Deutschland 2000. Bd. 1. Opladen
- Kötters-König, Catrin (2001): Handlungsorientierung und Kontroversität. Wege zur Wirksamkeit der politischen Bildung im Sozialkundeunterricht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 50/2001, 6-12.

- Kötters-König, Catrin (2002a): Handlungsorientierung und Kontroversität im Sozialkundeunterricht. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand*. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen, 179-206.
- Kötters-König, Catrin (2002b): Zur Bedeutung familialer Erfahrungen für die politische Aktivitätsbereitschaft von Jugendlichen. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand*. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen, 115-144.
- Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Jugendforschung*. Opladen.
- Krüger, Heinz-Hermann/Pfaff, Nicolle (2002a): (Rechte) jugendkulturelle Orientierungen, Gewaltaffinität und Ausländerfeindlichkeit als Probleme für die Schule. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand*. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen, 75-102.
- Krüger, Heinz-Hermann/Pfaff, Nicolle (2002b): Entpolitisierung von Jugendkulturen? Zum Zusammenhang von jugendkulturellen und politischen Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen. In: Helsper, Werner/Kamp, Matthias/Stelmaszyk, Bernd (Hrsg.): *Jugend zwischen Pädagogik und Szene*. Opladen (i.E.).
- Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand*. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen.
- Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin u.a. (2001): Projekt „Jugend und Demokratie in Sachsen-Anhalt“ - Empirische Bestandsaufnahme und Perspektiven für die politische Bildung. Zwischenbericht. Halle (in Teilen im Internet unter: <http://www.erzwiss.uni-halle.de/gliederung/paed/politik/index.htm>).
- Kuhn, Hans-Peter (2000): *Mediennutzung und politische Sozialisation*. Opladen.
- Möller, Kurt (2000): *Rechte Kids*. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15-jährigen. Weinheim – München.
- Oesterreich, Detlef (2001): Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B50/2001, 13-22.
- Oesterreich, Detlef (2002): *Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland*. Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen.
- Pfaff, Nicolle (2002): *Jugend-Freizeit: Politische Bildung am Nachmittag?* In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand*. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen, 145-178.
- Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne (2002): *Politische Lernprozesse in der Schule im Spiegel verschiedener Forschungsmethoden*. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand*. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen, 243-280.
- Picot, Sibylle (2001): *Jugend und freiwilliges Engagement*. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Frauen und Männer, Jugend, Senioren und Sport. Stuttgart, 111-208.
- Pickel, Gert (2002): *Jugend und Politikverdrossenheit*. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen.
- Reinhardt, Sibylle (2002): *Jugendliche Anerkennungen zwischen Gemeinschaft und Politik - Bericht aus der Sachsen-Anhalt-Studie „Jugend und Demokratie“*. In: Hafener, Benno/Henkenborg, Peter/Scherr, Albert (Hrsg.): *Die Idee der Anerkennung in der Pädagogik*. Schwalbach/Ts., 190-202.

- Reinhardt, Sibylle/Tillmann, Frank (2001): Politische Orientierungen Jugendlicher. Ergebnisse und Interpretationen der Sachsen-Anhalt-Studie „Jugend und Demokratie“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* B 45/2001, 3-13.
- Reinhardt, Sibylle/Tillmann, Frank (2002): Politische Orientierungen, Beteiligungsformen und Wertorientierungen. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt*. Opladen, 23-74.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2000): *Jugendkulturen, Politik und Protest*. Opladen.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (2000): Jugendliche heute: Hoffnungsträger im Zukunftsloch? In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): *Jugendkulturen, Politik und Protest*. Opladen, 9-34.
- Schmidt, Ralf (2002a): Partizipation in Schule und Unterricht. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt*. Opladen, 103-114.
- Schmidt, Ralf (2002b): Elemente politischer Bildung aus der Perspektive von Lernenden und Lehrenden zweier Schulen. In: Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/PFAFF, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank (2002): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt*. Opladen, 209-242.
- Torney-Purta, Judith/Lehmann, Rainer/Oswald, Hans/Schulz, Wolfram (2001): *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen*. Amsterdam.